

## **Panama ist überall!**

**Keine neuen Regeln, sondern bestehende Regeln einhalten  
Transparenz schaffen, internationale Zusammenarbeit  
Steuerwettbewerb erhalten, Steuerzahler entlasten**

### **Panama ist überall**

Die Empörung nach der Aufdeckung der „Panama Papiere“ war groß. Die Medien haben sich auf die Themen unfairer Steuerwettbewerb, Steuertricks, Steuerhinterziehung und sogar Geldwäsche gestürzt. Obgleich man durchaus sagen könnte: „Panama ist überall“.

Denn nicht nur in Panama gibt es die Möglichkeit, Gelder zu verstecken, Geld zu waschen oder Steuern zu hinterziehen. London ist als Türöffner für Offshore-Gesellschaften bekannt. Wer seinen Wohnsitz dort meldet, zahlt nur Steuern auf Einkünfte, die auf britischem Terrain erzielt werden - weitere Einkünfte außerhalb bleiben von einer Versteuerung verschont.

Auch Bundesstaaten der USA bieten steuersparende Firmenkonstruktionen an und betreiben wie viele Länder „aktive Standortpolitik“.

Mit einem Wettlauf der Ideen überbieten sich die Steuerpolitiker jetzt, wie man dem unfairen Steuerwettbewerb einen Riegel verschieben könnte.

### **Versachlichung der Diskussion**

Der europäische Steuerzahlerbund, die Taxpayers Association of Europe (TAE), ist für Transparenz und fairen Steuerwettbewerb, aber bitte mit Augenmaß.

Aber zuerst brauchen wir eine Versachlichung der Diskussion. Es ist nicht verboten, eine Adresse in Panama zu haben, entscheidend ist, was man damit macht. Man muss klar unterscheiden, ob es um Steuerhinterziehung, Geldwäsche oder um legale Steueroptimierung geht. Im Zuge der berechtigten öffentlichen Empörung nach der Veröffentlichung der „Panama Papers“ werden Dinge oftmals vermischt und leider dadurch ein „Feindbild“ geschaffen.

Menschen und Unternehmen werden vorverurteilt und geraten unter Generalverdacht. Nicht jeder Steuerzahler, der sein Geld im Ausland anlegt, dort eine Firma angemeldet hat, und nicht jedes Unternehmen, das sich im Ausland niederlässt, ist ein Steuerflüchtling oder gar Steuerhinterzieher. Durch unsachliche Verallgemeinerung besteht die Gefahr, dass Vertrauen in Unternehmen, ganze Branchen und letztendlich auch in die Politik verloren geht.

## **Keine neuen Regeln, bestehende Regeln einhalten**

Brauchen wir wirklich neue Regeln für mehr Transparenz und fairen Steuerwettbewerb? Zunächst sollten erst einmal bestehenden Regeln umgesetzt und ihre Einhaltung sichergestellt werden. Was hilft die beste Idee, die beste theoretische Maßnahme oder Regelung, wenn Sie zwar formal beschlossen, ihre Einhaltung jedoch nicht kontrolliert wird? In der Realität endet die Bereitschaft unfairen Steuerwettbewerb zu bekämpfen oft an den eigenen Landesgrenzen. Beispielhaft zu nennen sind die USA. Seit Jahren versuchen diese uns dazu zu zwingen, alle Finanz- und Steuerdaten von US-Bürgern im Ausland preiszugeben. Gleichzeitig weigern sie sich, das Gleiche für ihre Partnerländer im Ausland zu tun.

## **Transparenz schaffen, internationale Zusammenarbeit**

Es gibt bereits den BEPS-Aktionsplan (Base Erosion and Profit Shifting), bei dem insgesamt 62 Staaten mitgearbeitet haben, um gegen schädlichen Steuerwettbewerb der Staaten und aggressive Steuerplanungen international tätiger Konzerne vorzugehen. Die erarbeiteten Standards müssen aber auch in allen Staaten umgesetzt werden.

Auch die Transparenz von Offshore-Gesellschaften wird die deutsche Bundesregierung nur über den Weg der internationalen Zusammenarbeit erreichen. Ein nationaler Alleingang hilft nicht.

Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht das Gefühl haben, dass andere ihre Steuern nicht oder nicht vollständig zahlen. Steuern müssen gleichmäßig erhoben werden! Bundesregierung und Strafverfolgungsbehörden müssen für Fairness und Vertrauen sorgen. Soweit deutsche Bürgerinnen und Bürger oder Institutionen betroffen sind, muss der Sachverhalt vollständig aufgeklärt werden.

## **Steuerwettbewerb erhalten, Steuerzahler entlasten**

Keinesfalls darf „Panama Leaks“ jedoch dazu missbraucht werden, den Steuerwettbewerb in Europa auszuschalten oder die Steuersätze nach oben zu harmonisieren und dadurch Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern noch mehr „in die Tasche zu greifen“ - alles dann unter dem Deckmantel der Transparenz und des fairen Steuerwettbewerbs. Fairer Steuerwettbewerb bedeutet, Inländer und Ausländer gleich zu behandeln, dort zu besteuern, wo die Wertschöpfung erfolgt, nicht aber Unternehmen und Steuerzahler höher zu belasten. Denn die Belastung der Steuerzahler ist in vielen Ländern der EU schon heute viel zu hoch. So ist laut aktueller OECD Studie in Deutschland die Abgabenbelastung im letzten Jahr wieder gestiegen. Ein Angestellter mit einem Durchschnittsgehalt, unverheiratet und ohne Kinder, musste im letzten Jahr im Schnitt 49,4 Prozent an den Fiskus abliefern. Nach

Belgien und Österreich rangiert Deutschland damit auf dem dritthöchsten Platz der 34 OECD-Länder.

Der von der EU-Kommission vorgelegte Mehrwertsteuer-„Aktionsplan“ enthält positive Ansätze für eine Entlastung der Steuerzahler. Die Richtung stimmt, jetzt gilt es, das Ziel genau zu definieren. Nach Ansicht des Steuerzahlerbundes sollte in jedem Fall der steuerpolitische Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten bei der Mehrwertsteuer vergrößert werden. So könnte eine Flexibilisierung der Mehrwertsteuersätze den Steuerwettbewerb fördern. Zudem sollten lebensnotwendige Güter möglichst gering besteuert werden. Hier besteht in Deutschland großer Handlungsbedarf, zum Beispiel für die Bereiche Energie und Gesundheit.

Es gilt achtsam alle Reform-Vorschläge für mehr Transparenz und fairen Steuerwettbewerb zu prüfen, damit letztendlich unter dem Strich nicht mehr Bürokratie und eine höhere Belastung aller ehrlichen Steuerzahler herauskommen.

Rolf von Hohenhau  
Präsident

Michael Jäger  
Generalsekretär

Taxpayers Association of Europe  
Av. Renaissance 1  
B-1000 Brüssel

[info@taxpayers-europe.org](mailto:info@taxpayers-europe.org)